

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 3

Artikel: Die Wahlen vom 31. Oktober 1943
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334942>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG -- NOVEMBER 1943 -- HEFT 3

Die Wahlen vom 31. Oktober 1943

Von * * *

Mit der allem gesellschaftlichen Geschehen eigenen Notwendigkeit führen die Veränderungen in der ökonomischen Basis, die in Kriegszeiten auch in neutralen Ländern eine starke Beschleunigung erfahren, zu einer Auflockerung der politischen Machtverhältnisse. Deshalb sind Wahlen, die nach längerer Kriegsdauer erfolgen, immer von symptomatischer Bedeutung für die künftige politische Entwicklung eines Landes.

Seit dem Jahre 1919 haben denn auch in der Schweiz keine eidgenössischen Wahlen von solcher Bedeutung stattgefunden, wie die vom 31. Oktober 1943. Wenn auch im gegenwärtigen Augenblick ihre Ergebnisse noch nicht in allen Einzelheiten bekannt sind, so ermöglichen die vorliegenden Daten doch einen *ersten summarischen Überblick*. Es wäre übertrieben, wenn man behaupten wollte, das Resultat komme einem eigentlichen Dammbruch gleich; eher kann man wohl von einem ersten Wetterleuchten sprechen, das die Morgenröte einer neuen Zeit, die sich aus dem blutigen Völkerringen abzuheben beginnt, am Horizont aufflammen ließ. Denn in ihrem tiefern Sinn waren diese Nationalratswahlen eine erste Volksbefragung über die Gestaltung der Nachkriegszeit. Dieses Motiv beherrschte auch den lebhaften, aber sachlich geführten Wahlkampf. Während die bürgerlichen Parteien auf ihre vergangenen Verdienste pochten, wobei der Freisinn sogar so weit ging, ein Jahrhundert schweizerischer Geschichte für sich zu beanspruchen, hat unsere Partei die Gegenwartsprobleme in den Vordergrund gestellt und mit ihrem Programm «Neue Schweiz» dem Volk den schweizerischen Weg zu einer neuen Gesellschaft aufgezeigt.

Die Antwort des Volkes ist in einer deutlichen Linksschwenkung zum Ausdruck gekommen. Die Ursachen dieses Ruckes nach links wurzeln in den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges, die zu einer Verschärfung der Klassengegensätze führten. Die unbefriedigende Lösung des Preis-Lohn-Problems und das Mißverhältnis in der steuerlichen Belastung von Besitz einerseits und notwendigem Verbrauch anderseits haben in breiten Massen die Erkenntnis geweckt, daß eine Verbesserung ihrer Lage eine Änderung der politischen Machtverhältnisse zur Voraussetzung hat. Aus diesen Gründen ist das hervorragendste Merkmal der diesjährigen Natio-

nalratswahlen der *starke Vormarsch der Sozialdemokratie*. Sie erhöht ihre Mandatzahl von 45 auf 56 Sitze und wird damit zur stärksten Fraktion des Nationalrates. Dieser Sieg ist die Frucht einer Politik, die sich weder durch die vorübergehenden Triumphe der europäischen Konterrevolution noch durch die innerpolitische Reaktion auf die Weltereignisse irremachen ließ in ihren Zielen und in dem durch die harten Tatsachen bestimmten Weg zu diesen Zielen.

Die Leidtragenden des sozialistischen Vormarsches sind der *Freisinn* und die *Splitterparteien*. Der Freisinn zieht mit 47 statt mit 49 Mandaten in den um sieben Sitze vergrößerten Nationalrat ein. Auch der *Landesring der Unabhängigen* kehrt geschwächt dorthin zurück, wo er einst mit großen Hoffnungen ein- und sodann unter heftigem innerem Getöse wieder ausgezogen ist. Der Auszug ist den meisten übrigens schlecht bekommen: von den Zürcher Dissidenten hat ein einziger die Gunst des Volkes sich zu erringen vermocht. Die duttweilertreue Fraktion selbst muß sich mit 6 statt den bisherigen 10 Sitzen begnügen. Ein starkes Beharrungsvermögen zeigt die *Katholischkonservative Partei*, die nach wie vor mit 43 Mandaten im Nationalrat vertreten ist, wenn sich auch in der kantonalen Verteilung einige Verschiebungen ergeben haben. — Die kriegsbedingte günstige wirtschaftliche Lage der schweizerischen Landwirtschaft und damit die weitgehende soziale Zufriedenheit der schweizerischen Bauern, der der Mehranbau wohl eine stark vermehrte Arbeitslast, aber auch eine angemessene Erhöhung der Einkommen in der Form gestiegener Produktenpreise brachte, dokumentiert sich in der Festigung der *Bauern-Gewerbe- und Bürgerfraktion*, die mit 24 Sitzen sich von der 1935 erlittenen Einbuße zu erholen beginnt. Mit der wirtschaftlichen Erholung der schweizerischen Landwirtschaft von den Folgen der tiefgreifenden Agrarkrise parallel geht der Rückgang der *jungbäuerlichen* Mandate. — Die *Demokraten* weisen im neugewählten Nationalrat noch 5 statt 6 Vertreter auf. Mit der fortschreitenden Dezimierung ihrer sozialen Basis durch die kapitalistische Entwicklung verringert sich auch ihr Einzugsgebiet. Es beschränkt sich heute im wesentlichen auf einen Teil der Angestellten des Kantons Zürich und die kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Wähler von Graubünden. — Die «Sonderegger-Briefe» und die sich daraus ergebenden Konfusionen im Lager des Freiwirtschaftsbundes haben zur Eliminierung dieser «Bewegung» aus dem Nationalrat geführt.

Damit zeigt der Nationalrat die folgende *parteipolitische Zusammensetzung*:

Fraktion	1943	1939
Sozialdemokraten	56	45
Freisinnige	47	49
Katholischkonservative	43	43
Bauern und Bürger	24	22
Liberalkonservative	8	8
Unabhängige	6	10
Demokraten	5	6
Übrige	5	4
Total	194	187

Vergleicht man diese parlamentarischen Machtverhältnisse, wie sie in der parteipolitischen Gliederung des Nationalrates zutage treten, mit der Zusammensetzung der *Bundesregierung*, so zeigt sich, daß der Freisinn, der im Bundesrat die Mehrheit besitzt, im Nationalrat noch über 24,2 Prozent der Mandate, also nicht einmal ganz über ein Viertel verfügt. Die Bezeichnung «Staatspartei», die sich der Freisinn auf diese Wahlen hin zugelegt hatte, dürfte damit wohl eher historische als aktuelle Bedeutung beanspruchen. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen vielmehr so, daß *die Bedeutung des Freisinns selbst im Bundesrat im Abnehmen begriffen* ist. Denn während auf ihn noch 24,2 Prozent der Nationalratssitze entfallen, verfügen die Katholischkonservativen und die Bauernparteien, die als Minderheiten im Bundesrat vertreten sind, zusammen über 34,5 Prozent der Mandate. Auch im Bundesrat gelangt der Freisinn damit in steigende Abhängigkeit von den Katholischkonservativen und den Bauern, eine Tatsache, die im übrigen nicht erst von heute datiert, sondern in der Politik der letzten Jahre deutlich zum Ausdruck gelangt.

Der Freisinn hat am 31. Oktober die Kosten dieser Politik bezahlen müssen. Während die Katholischkonservativen und die Bauernparteien ihre Positionen gehalten, beziehungsweise gefestigt haben, hat *der Freisinn eine ausgesprochene Niederlage erlitten*. Darüber sind sich selbst die bürgerlichen Zeitungskommentare einig, daß für die stolze Staatspartei der einzige Trost darin besteht, daß der sozialdemokratische Einbruch in ihre Reihen nicht noch größere Ausmaße angenommen hat.

Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn wir statt der bloßen Veränderungen in den Mandatzahlen die Verschiebungen in den Wählermassen und damit *die Wandlungen in den Parteistärken* betrachten. Da 1939 in der überwiegenden Zahl der Wahlkreise stille Wahlen stattfanden, nehmen wir als Vergleichsbasis die Wählerzahlen von 1935. Dann ergeben sich die folgenden Parteistärken:

Parteien	Wähler			
	1943		1935	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Sozialdemokraten	254 538	29,1	255 843	28,0
Freisinn	199 003	22,7	216 664	23,7
Katholischkonservative	177 183	20,2	185 052	20,3
Bauern und Bürger	111 311	12,7	100 300	11,0
Liberalconservative	28 034	3,2	30 476	3,3
Unabhängige	44 165	5,0	37 861	4,3
Demokraten	24,671	3,0		
Jungbauern	17 143	1,9	28 161	3,1
Kommunisten	—	—	12 569	1,4
Andere*	19 341	2,2	46 597	5,0
Total	875 389	100,0	913 523	100,0

* Evangelische Volkspartei, Landesring-Dissidenten, Freiwirtschaftler.

Ein Vergleich der gesamtschweizerischen Wählerzahlen zeigt, daß bei einer wachsenden Zahl von Stimmberechtigten das Total der Wähler zurückgegangen ist. Die Wahlbeteiligung war somit geringer als in früheren Jahren. Inwieweit diejenigen, die zu Hause geblieben sind, sich zu dieser Haltung durch die kommunistische Parole auf Stimmenthaltung bewegen ließen oder andern Beweggründen folgten, entzieht sich unserer Kenntnis. Erst die genaueren kantonalen Wahlergebnisse werden hier vermehrten Aufschluß geben können.

Auch diese Übersicht über die Parteistärken zeigt uns deutlich, daß der Hauptgeschlagene dieser Wahlen der *Freisinn* ist. Weder seine Berufungen auf die hundertjährigen Verdienste noch das kurz vor den Wahlen aus der Taufe gehobene sozial gefärbte Genfer Programm haben ihm beim Volke die erwartete Zustimmung eingebracht. Einen besonders starken Ausfall an freisinnigen Stimmen zeigen die Kantone Basel-Land und Graubünden. Aber er beschränkt sich nicht auf diese beiden Kantone, sondern äußert sich, wenn auch nicht so stark ausgeprägt, in allen industrialisierten Landesgegenden.

Die Wählerzahl der *Katholischkonservativen* weist im gesamtschweizerischen Ausmaß nur geringe Veränderungen auf. Immerhin gingen ihr in den acht Jahren seit 1935 rund 8000 Wähler verloren. Einen besonders empfindlichen Rückschlag muß die Katholischkonservative Partei im Kanton Schwyz buchen. Dort rückten die mit der konservativen Führung unzufriedenen Bauern mit einer eigenen Liste auf. Ein sprechendes Beispiel, wie unter bestimmten sozialen Verhältnissen das konfessionelle Ferment sich als zu schwach erweist, um die Klassengegensätze zu überbrücken. Dagegen ist es der katholischen Führung in starkem Maße gelungen, die aus den kleinbäuerlichen Gebieten der katholischen Kantone nach den Industriezentren Abgewanderten vorderhand noch auf die konservative Politik, die sich in den industriellen Gebieten der besseren sozialen Terminologie wegen, als christlich-sozial, bezeichnet, zu verpflichten.

Die *Bauern- und Bürgerparteien*, die sich in elf Kantonen an den Wahlen beteiligten, können einen Zuwachs von 11 000 Wählern für sich buchen. *Sie sind die einzige bürgerliche Partei, die aus den Wahlen gestärkt hervorgeht.* Die Gründe dieses Erfolges haben wir bereits in den bisherigen Ausführungen einigermaßen umrissen.

Ein weiteres Merkmal dieser Wahlen dürfte auch die sich anbahnende Liquidierung der *Splitterparteien* sein. Je schärfer sich im Verlaufe der sozialen Entwicklung die Klassengegensätze auftun, um so kleiner wird die Möglichkeit, dieselben durch schillernde Schlagworte und soziale Quacksalbereien zu verkleistern. Eine aktive sozialistische Bewegung kann hier wesentlich dazu beitragen, diesen Auflösungsprozeß zu beschleunigen.

Die eigentliche Siegerin dieser Wahlen ist die Sozialdemokratie. Davon zeugt nicht nur die beträchtliche Steigerung der Mandate; in den Wählerzahlen der einzelnen Kantone tritt diese Linksschwenkung noch deutlicher hervor.

	Sozialdemokratische Partei					
		Wähler		Mandate		
	1943	1939	1935	1943	1939	1935
Zürich	53 354	46 665	45 788	12	10	9
Bern	56 882	43 602	52 980	13	10	11
Luzern	5 141	st. W.	6 593	1	1	1
Schwyz	2 495	st. W.	2 630	—	—	—
Glarus	3 046	2 248	2 186	1	—	—
Zug	2 270	st. W.	1 620	1	—	—
Freiburg	3 565	—	2 700	1	—	—
Solothurn	12 185	st. W.	10 622	2	2	2
Basel-Stadt	11 508	11 636	12 915	3	2	3
Basel-Land	6 342	4 711	5 586	2	1	2
Schaffhausen	7 203	5 818	5 258	1	1	1
Appenzell-A.-R.	st. W.	st. W.	5 317	1	1	1
St. Gallen	11 533	9 920	11 519	2	2	2
Graubünden	2 836	2 656	3 640	—	—	—
Aargau	24 368	21 576	22 621	5	5	4
Thurgau	9 776	8 220	8 374	2	2	2
Tessin	5 273	st. W.	4 828	2	1	1
Waadt	12 392	st. W.	21 490	3	2	4
Wallis	4 857	st. W.	4 419	1	1	1
Neuenburg	11 421	st. W.	11 502	2	3	3
Genf	2 774	st. W.	13 255	1	1	3
Total	254 538		255 843	56	45	50

st. W. = stille Wahl.

Diese Übersicht zeigt, daß sich der Zustrom über das ganze Land verteilt. Ganz besonders starke Steigerungen finden wir in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Basel-Land, Schaffhausen, Aargau und Thurgau, diesen industrialisierten Landesteilen mit einer die gegebenen Möglichkeiten nach besten Kräften nutzenden Arbeiterbewegung. Mit besonderer Genugtuung stellen wir den erfolgreichen Durchbruch der Arbeiterbewegung in jenen Kantonen fest, die bisher im Nationalrat nur durch bürgerliche Parteien vertreten waren. Durch ausdauernde *Aufklärungsarbeit in einer dem tatsächlichen Stande des Klassenbewußtseins entsprechenden Form* haben die Genossen in den Kantonen Zug, Glarus und selbst in der konservativen Hochburg Freiburg diese prächtigen Erfolge errungen. Ein lehrreiches Beispiel auch für die wenigen kantonalen Parteien, die trotz günstigen sozialen Voraussetzungen stagnierende Wählerziffern aufweisen.

Daß die Verhältnisse in der Waadt und ganz besonders im Kanton Genf zu den unbefriedigendsten gehören, zeigt ein Vergleich mit den Wählerzahlen von 1935. Doch werden die politischen Notwendigkeiten der kommenden Jahre auch hier von selbst zu einer im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegenden Lösung führen. Denn die Nationalratswahlen vom 31. Oktober 1943 bedeuten nicht den Abschluß, sondern erst den Auftakt zu den kommenden Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Nachkriegszeit.